

# LAND UNTER

Für einen klaren Kopf

SCHWERPUNKT I: Repression gegen Antifas >> SCHWERPUNKT II: Frauen auf der Flucht

## ANTIFA-WOCHE '98 - EIN KURZER RÜCKBLICK

Trotz einer zum Teil gezielten Negativberichterstattung durch die EZ nahmen rund 600 EckernförderInnen an den Veranstaltungen der Antifa-Woche teil. Auf den verschiedenen Veranstaltungen wurde über Themen wie Rassismus, AusländerInnenpolitik und faschistische Musik informiert.

200 bis 300 EckernförderInnen hatten auf dem »Soli-Konzert mit »Nutsche« und den »Grauen Zellen« eine geile Party und ebenso viele demonstrierten

am 16.5. trotz des verhältnismäßig großen Polizeiaufgebots entschlossen gegen Law-and-Order-Politik und das damit einhergehende latent rassistische Klima in der BRD. Während der Demo wurde einigen provozierenden Stiefelnazis von beherzten DemoteilnehmerInnen ein körperlicher Verweis erteilt, den auch die völlig überforderte Polizei nicht verhindern konnte.

Es ist uns mit der Demo gelungen unsere Inhalte auch durch die Presse in die Öffentlichkeit zu tragen

und so Stellung gegen die herrschende Innenpolitik zu beziehen und zumindest in einem kleinen Rahmen in den derzeitigen vor allem mit rassistischen Parolen geführten Wahlkampf einzugreifen!

Unser Ansatz von antifaschistischer Politik ist durch die Antifa-Woche erstmals für eine breitere Öffentlichkeit verständlich und transparent geworden. Rückblickend betrachten wir die Antifa-Woche '98 als Erfolg und als Auftakt für einen langen und heißen (politischen) Sommer!



>> ABSCHLUSSDEMO DER ANTIFA-WOCHE AM 16.5.1998 GEGEN DIE HERRSCHENDE INNENPOLITIK >>  
Über 200 Menschen demonstrieren trotz eines verhältnismäßig großen Bullenaufgebots entschlossen in Eckernförde

## >> EINIGE TAKTE ZU DEN REAKTIONEN DER PRESSE AUF DIE ANTIFA-WOCHE INHALTSLOS, LAUT UND OHNE KLARES PROGRAMM?

Während der Antifa-Woche '98 sah sich die AAE einer hetzerischen und zum Teil unwarhnen Berichterstattung durch die Eckernförder Zeitung (EZ) konfrontiert. Vor allem der EZ-Chefredakteur Gernot Kühl versuchte durch reißerische Kommentare und Artikel eine Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten der Antifa-Woche zu verhindern und die Veranstaltungsreihe auf eine nie stattgefundenen Straßenschlacht zu reduzieren.

Die EZ folgte damit dem derzeitigen Trend, linke und antifaschistische Positionen in der Öffentlichkeit zu diffamieren und so repressives Vorgehen gegen AktivistInnen zu rechtfertigen. Die gewünschte Folge ist die Entsolidarisierung mit antifaschistischem und außerparlamentarischem Widerstand.

Diese Diffamierungskampagne setzte sich die ganze Veranstaltungsreihe über fort und endete nach der Antifa-Woche mit einem Kommentar des »Jugendredakteurs« Jens Tenter, in dem er den

OrganisatorInnen der Woche vorwarf, daß sie durch ihre Kritik an der Politik der Bundesregierung die Spalte zwischen rechtsextremen und bürgerlichen Parteien verengt habe. Hierfür sind jedoch allein die bürgerlichen Parteien verantwortlich zu machen, die durch die Übernahme rechtsextremer Positionen im Bereich Flüchtlings- und Innenpolitik bewußt einen deutlichen »Rechtsruck« vollzogen haben! Daß Äußerungen wie »Deutschland und Bayern sind kein Einwanderungsland« und andere populistischen Forderungen nicht nur die übliche schiefe CDU/CSU-Wahlpropaganda darstellen, sondern auch ganz real die Lebenssituation von hier lebenden Flüchtlingen oder solchen, die versuchen einzureisen, bestimmen, zeigt die faktische Ausbeutung des Asylrechts im Jahr 1993 und die geplante Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Es ist also Ausdruck eines konsequenten und revolutionären Antifaschismus, entschieden gegen die Politik der BRD Stellung zu beziehen!

Die Antifa-Woche dann als »inhaltslos, laut und ohne klares Programm« abzuqualifizieren, ohne jemals bei einer der inhaltlichen Veranstaltungen anwesend gewesen zu sein, entspricht vielleicht Tenter's Verständnis eines ernstgemeinten Journalismus und einer eben solchen politischen Auseinandersetzung, unserem jedoch keinesfalls!

Daß das »Junge Unions«-Mitglied Tenter dann auch noch versucht, mittels des Extremismus-Vorwurfs die Antifa-Bewegung im Endeffekt auf eine Stufe mit Faschistischem zu setzen, ist da beinahe folgerichtig. Der Redakteur ist angesichts des jüngsten Vergleichs der PDS mit den Nationalsozialisten durch den neuen CDU-Regierungssprecher Hauser offensichtlich voll und ganz auf Parteilinie...

Wir schreiben dabei: Eine rassistische Absage an rechtsextremistische und rassistische Positionen muß heute eine ebenso entschiedene Kritik an der herrschenden Politik der BRD bedeuten!

## RECHTE VON RECHTS ÜBERHOLEN ... WAHLKAMPF '98

Wie bereits angekündigt, greift die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf '98 nun verstärkter Themen wie Innere Sicherheit und AusländerInnenpolitik auf. Eine der Hauptforderungen des auf dem »kleinen Parteitag« in Ingolstadt verabschiedeten Wahlpapiers der CSU lautet »Deutschland und Bayern sind kein Einwanderungsland!« Weitere Punkte in dem christsozialen Law-and-Order-Programm sind die Einrichtung geschlossener Heime für Jugendliche auch unter 14 Jahren, keine doppelte Staatsbürgerschaft, die Senkung des Nachzugalters für ausländische Kinder auf 10 Jahre - »um die Integration von ausländischen Kindern weiter zu verbessern« -, die Abschiebung von ausländischen Straftätern, auch wenn sie mit Deutschen verheiratet sind und die Abschiebung von straffälligen Jugendlichen zusammen mit ihren Eltern. Damit rücke die CSU aber keinesfalls nach rechts, versicherte der Parteivorsitzende Waigel: »Die CSU bleibt dort, wo sie schon immer war!«

Die faschistische DVU zog nach dem Ingolstädter Parteitag Ihre Kandidatur für die bayrischen Landtagswahl zurück, und ließ verlauten, daß »man da thematisch (das heißt in Bezug auf Innen- und AusländerInnenpolitik - LU) nicht mehr drauf-satteln« wolle.

In einem am 2.6.98 in der Berliner Zeitung veröffentlichtem Interview äußerte der Berliner Innenminister Schönbohm (CDU): »Es gibt heute schon Quartiere, die so sind, daß man sagen kann: Dort befindet man sich nicht in Deutschland.« Weiter wandte sich Schönbohm gegen Islam-Unterricht an Schulen, da »der Unterricht im Christentum, den wir geben, gibt dagegen das christlich-abendländische Erbe weiter, auf dem unsere Kultur ganz stark beruht.« CDU und CSU haben so bereitwillig das Märchen von der durch »Überfremdung gefährdeten deutschen Kultur« übernommen und dienen so der weiteren Untermauerung und Festigung rassistischer und faschistischer Positionen in Deutschland!

Die Koalition aus Salonfaschisten und Stiefelnazis angreifen! Rassisten auf den Mond!

Die ANTIFASCHISTISCHE AKTION  
ECKERNFÖRDE  
WWW.NASCHE.ORG/  
nasche/initiative/aae

## INTERVIEWS ALS GEISELNAHME?

Am 5. Mai kam es zu einer Durchsuchung der Hamburger Wohnung Isaac Velazcos, dem Europaspriecher der peruanischen MRTA (Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru). Ihm wird erpresserische Menschenraub, Geiselnahme und die Beteiligung an der Vorbereitung der Besetzung der japanischen Botschaftsresidenz in Lima im Dezember '96 vorgeworfen. Velazco, der in der Zeit der Besetzung in zahlreichen Interviews Öffentlichkeitsarbeit für die Organisation gemacht hatte, hätte laut Bundesanwaltschaft »Druck auf die peruanische Regierung« ausgeübt und wird deshalb in Deutschland - das um die guten Handelsbeziehungen mit Peru fürchtet - mit starken Repressalien konfrontiert.

QUELLE: JUNGLE WORLD NR. 20/98

## Zapata Politischer Buchladen

Jungfernstieg 27 und Medusastraße 16, Kiel

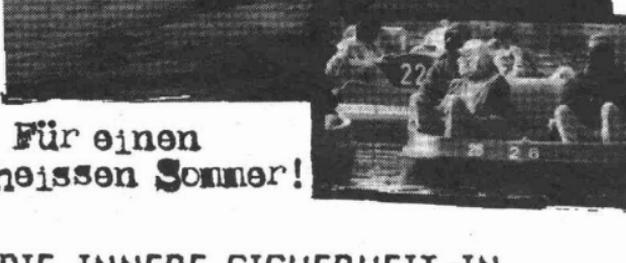
## BESTRAFUNG FÜR ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE

Wie bereits in der letzten LAND UNTER berichtet, wollte das »Bündnis Rechts (BR)« am 31.1. diesen Jahres im Lübecker Stadtteil Moising aufmarschieren, da es dort zur Kommunalwahl kandidierte. Das BR ist eine Tarnorganisation militanter Nazis, vor allem aus der verbotenen »Nationalen Liste«, in Zusammenarbeit mit Naziparteien wie NPD und DLVH. Der Charakter des damaligen Aufmarsches war unzweifelhaft. Für die Nazis war jener Tag dennoch eine Pleite, sie konnten nicht losmarschieren, da umfangreiche Antifa-Aktivitäten in Moising für eine »unklare Sicherheitslage« sorgten.

Zu diesen Aktivitäten gehörte auch das Vorhaben einiger AntifaschistInnen die einzige Zufahrtstraße nach Moising zu blockieren, um so die Anfahrt der Neonazis zu verhindern. Jedoch kamen, früher als die Nazis, vier Bulleneinheiten und kesselten fast alle Antifas ein, um sie bis in die Abendstunden hinein festzunehmen. Hiermit

## TACH AUCH!

Nach einer kurzen Pause wegen der Antifa-Woche sind wir wieder voll da. Fetter denn je schmeißen wir dieses Blatt auf den Markt. Viel ist passiert seit der letzten Ausgabe: Die Nazis marschieren erfolgreich dank der tatkräftigen Unterstützung der staatlichen Anti-Antifa-Prügeltruppe durch Lübeck und der von uns vor kurzem Prophezeite »Rechtsruck« anlässlich der bevorstehenden (Bundestags-) Wahlen ist mit erwarteter Härte eingetreten. - Unser Fazit: Wer Politik macht, um rechte WählerInnen zu gewinnen, macht immernoch rechte Politik!



Für einen heißen Sommer!

## DIE INNERE SICHERHEIT IN ECKERNFÖRDE IST IN GEFAHR!

An dieser Stelle möchten wir einmal auf die Situation am Drogenumschlagplatz »F« eingehen. Ihr wißt schon, der Ort am Strand, an dem jede/r erstmal gegen die Scheibe des Stadthallenrestaurants pisset, bevor sie/er sich »H« in die Venen drückt. Und danach auch noch Hottentotten-Musik hören ...

Außerdem gibt's dauernd nur Ärger am »F« - zum Beispiel, wenn mal wieder einer dieser »F«-Penner so von Nazis zusammengetrieben wird, daß er auf der Intensivstation behandelt werden muß.

Das muß nun wirklich nicht sein! Das kostet die Krankenkassen nur Geld, das den unbescholtenen BürgerInnen nachher fehlt.

Genau das hatte die »Junge Union« erkannt und startete eine Hetz... - Entschuldigung - »Aufklärungskampagne« zur sozialen Situation am »F«. Denn allein schon der Anblick offen trinkender und rauchender junger Menschen am Strand stört. Es waren ja bestimmt ganze 20 Meter des kilometerlangen Strandgebietes ... Sollen die jungen Leute doch so feiern ins »K7« gehen, wie es die Burschen der »Jungen Union« tun.

Die Eckernförder Stadtmütter und -väter nahmen sich dem Schandfleck »F« an und verabschiedeten in der Ratsversammlung eine neue Kurzsatzung. Im vergangenen Jahr wurde mensch ja nur durch den privaten Sicherheitsdienst (der seine Aufgabe sehr gewissenhaft erledigte) vom Strand verwiesen, weil mensch sein Fahrrad doch tatsächlich gegen einen Strandkorb gelehnt hatte und das

ja wohl die beste Voraussetzung für eine Sachbeschädigung war. - Nein, heute gibt es noch mehr Sachen, auf die mensch am Strand achten muß!

Die Regeln für die Benutzung des Strandes sind auf den neuen Verbotsschildern nachzulesen. Hier noch einmal die wichtigsten Verbote auf einen Blick: Fußballspielen am Strand ist verboten. Eltern denken daran, daß Ihr Eure Kinder beim Toben zur Ruhe bittet, denn übermäßiger Lärm ist verboten! Jugendgruppen aus aller Welt: Der übermäßige Alkoholkonsum ist hier verboten - kommt bloß nicht auf die Idee am Strand zu feiern!

Lang Rede, kurzer Sinn: Dies ist eine Entwicklung, die eine Verdrängung und Bekämpfung sozialer Randgruppen in Eckernförde zum Ziel hat. Durchgeführt wird sie im Strandgebiet hauptsächlich von privaten Sicherheitsdiensten, die mit falschen Aussagen über ihre Befugnisse sowie Einschüchterungsversuche diese durchsetzen sollen. Unterstützt werden diese »Schwarzen Sheriff's« dann bei Bedarf von der Polizei.

Um dem etwas entgegenzusetzen informiert Euch über die Kurzsatzung und Eure Rechte gegenüber Bullen und Wachdienern.

Laßt uns im Sommer geile Parties am »F« feiern und Spaß haben! Bekämpfen wir den Sicherheitswahn, der nur von den wirklichen Problemen dieser Gesellschaft ablenkt!

Der Strand gehört uns allen! Ihr kennt den Weg zum »F« ...

## >> CREDITS ANTIFASCHISTISCHE WOCHE 1998

Thank to ... Einblatt, Hansa-Setzer, Graue Zellen + Nutcase und FreundInnen, Das Haus + Jugendrat, Enough is enough, AK Ausländer/Inländer, Albert, Axel, BASTA + Bündnis gegen Rassismus Lübeck, Gordon für's Mischen, den KöchInnen, Offener Kanal Stadtdredaktion Eckernförde, BBS, Nele, Anke, die Kieler Szene, Buchladen Zapata Kiel, Tim aus Berlin, Hans B., Heiko, Neumüsteraner GenossInnen, Antifaschistische Gruppe Hamburg (AGH) ... und »nen fetten Dank an alle, die hier nicht aufgeführt sind, aber bei der Planung und Durchführung der Antifa-Woche geholfen haben! <<

## ÜBERREGIONALE DEMO GEGEN ANTI-ANTIFA-AKTIVISTIN DIE BRAUNE DRAHTZIEHERIN ÖFFENTLICH MACHEN!

Am 13. Juni findet in Bad Segeberg eine antifaschistische Großdemonstration statt. Diese richtet sich gegen die dort lebende Nazi-Ideologin und Anti-Antifa-Aktivistin Thekla Maria Kosche und die zunehmende rechte Gewalt in der Stadt, welche mit Kosche in Verbindung zu bringen ist.

Bereits im vergangenen Jahr fiel Kosche als Anmeldein eine Naziaufmarches mit circa 150 FaschistInnen in ihrem Wohnort auf. Bekannt wurde sie jedoch als Betreiberin der Nazi-Mailbox »Asgard BBS« im sogenannten Nordland-Netz. Desweiteren verfügt sie über eine gute Kontakte zu bundesweit agierenden Neonazis.

In ihrer Funktion als Anti-Antifa-Aktivistin sammelt sie Informationen über einen ganzen Haufen vermeintlich linker und vor allem »Drahtzieher und Antifas«, wobei zur Palette auch JournalistInnen, LehrerInnen, Grüne und SozialdemokratInnen gehören. Ziel dieser Informationssammlung ist es, »Aktionsräume« für »verlorenes Handeln« zu schaffen. Auch wenn die, die Informationen sammeln, nicht immer die sind, welche auch aktiv werden, um erfolgreich zu handeln, so besteht doch zumeist eine Verbindung zwischen Jägern und Sammlern ...

Wohin ihre Hetz führt, haben die Brandenburgler in Möllin, Solingen, Lübeck und anderswo gezeigt. Um die Gefahr, die von Thekla Kosche ausgeht, zu minimieren, ist es wichtig, daß sie aus ihrer Anonymität herausgerissen wird. Denn dann muß sie vorsichtiger sein, bei dem was sie sagt und tut! INFORMATIONEN UND TEXTPASSAGEN AUS DEN AUFRUFLUGBLÄTTER DER ANTIFA BAD SEGEBERG

>> SAMSTAG, 13. JUNI, 12.00 UHR, BAHNHOF BAD SEGEBERG

## SOLIDARITÄT ist mehr als nur ein Wort!

Laßt die von der Repression betroffenen Antifas nicht im Regen stehen! Spendet für die ROTHE HILFE: Konto-Nr. 19 11 00-462 Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46

## WICHTIGER AUFRUF ZU DEN LÜBECK-VERFAHREN

Alle Menschen, die in Folge der Antifa-Aktivitäten in Lübeck am 31. Januar oder auch besonders am 14. März Post von den Strafverfolgungsbehörden bekommen haben, sollen sich sofort bei der Roten Hilfe Kiel melden, damit unsere Vorgehensweise gegen die Straf- und Ordnungswidrigkeitverfahren koordiniert werden kann.

ROTE HILFE KIEL • POSTFACH 6444 • 24125 KIEL • TEL./FAX 0431-75141

## ANGRIFF AUF BUNDESWEITE ANTIFA-STRUKTUREN

Am Morgen des 12. Mai wurden bundesweit 28 Wohnungen von AntifaschistInnen durch das bayrische Landeskriminalamt und diversen Polizeibehörden betreffende Länder durchsucht. Dieser Angriff richtete sich gegen aus Passau stammende, vermeintliche Mitglieder der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO).

Die 1992 gegründete AA/BO ist ein bundesweiter Zusammenschluß, welcher mit legaler Öffentlichkeitsarbeit (Demonstrationen, PDS, Grünen und Gewerkschaften gegen neofaschistische Organisationen aktiv ist. Zuletzt hatte die AA/BO zum Widerstand gegen den Aufmarsch der NPD am 1. Mai in Leipzig aufgerufen.

Bundesweit verteilt, sollte laut den Münchner

Ermittlern »eine Gruppe von insgesamt 39 Personen des »Antifaschistischen« Spektrums Passaus innerhalb eines organisatorischen Rahmens (möglicherweise identisch mit der »Antifaschistischen Aktion) Straftaten verüben, unter anderem Raub, Landfriedensbruch und Bedrohung.

All dies ist als ein politisches Konstrukt zu bezeichnen, daß sich, wie sich aus Begründungen von Durchsuchungsbeschlüssen schließen läßt, gegen den erfolgreichen Politikansatz der Antifaschistischen Aktion Passau richtet. Die von der Münchner Staatsanwaltschaft zitierte »Quer-Verbindungen zu weiteren autonomen Spektren in anderen Städten« ermöglicht dem Staatsschutz auch ein Ermitteln gegen die AA/BO insgesamt.

Hannes Schrader, Sprecher der Antifaschisti-

schen Aktion Berlin (AAB), erklärte dazu: »Rechts-extreme Straftaten haben im vergangenen Jahr die höchste Zahl seit Gründung der Bundesrepublik erreicht, eine Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, die Straftaten durchsuchungen zeigen, daß dieser Staat auf dem rechten Auge völlig blind, auf dem linken aber äußerst heilsichtig ist. Daß jetzt völlig legaler antifaschistischer Protest für kriminell erklärt werden soll, geht alle an, die sich mit dem anhaltenden Rechtsruck in diesem Land noch nicht abgefunden haben.«

QUELLE: JUNGLE WORLD NR. 21/98, PRESSERELÄSSE DER AUTONOMEN ANTIFA (D) BÄTTINGEN UND DER ANTIFASCHISTISCHEN AKTION BERLIN (AAB)

## DEUTSCHES HAUS >> MAI 1998 >>

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Zeitlmann hat sich gegen Pläne des WDR ausgesprochen, ab dem kommenden Herbst einen Rundfunksender für AusländerInnen mit deutschen und fremdsprachigen Beiträgen einzuführen. Es sei »ein starkes Stück, angesichts des hohen Anteils von Ausländern, die sich illegal in Deutschland aufhalten, die Notwendigkeit für einen »Migrantensender« zu konstruieren.« Sowien gebe es nur so viele AusländerInnen in Deutschland, weil nicht überall so konsequent ausgewiesen und abgeschoben werde wie in Bayern. >>> Ab Mitte Juni müssen AsylbewerberInnen in Berlin mit einer Chipkarte einkaufen. Diese bekommen bisher die Sozialhilfe in Form von Lebensmittelgutscheinen. Mit den Chipkarten kann nur in 30 vergleichsweise teuren Einzelhandelsgeschäften eingekauft werden. Gezielte Klassen von Berliner Flüchtlingsrat kritisierte das System als »Einstieg in den gläsernen Bürger«, die Betreiberfirma habe Zugriff auf personenbezogene Daten und könne jeden Einkaufsbeleg nachvollziehen. >>> Die Zahl der AsylbewerberInnen ist weiter gesunken. Nur noch 6500 Personen beantragten im April Asyl in Deutschland, 10,2 Prozent weniger als im Vormonat. Die Anerkennungsquote lag im April bei 4,4 Prozent. >>> Über Asylanerkennungen wird in Hessen künftig ein Mitglied der Republikaner mitentscheiden, im Kreisitag von Waldeck-Frankenberg

## UNTERSTÜTZT VERFOLGTE FRAUEN!

Einige der Wesentlichen Unterscheidungen die heute in bezug auf MigrantInnen gemacht werden, sind die Trennungen zwischen »freiwilligen« und »gezwungenen« sowie »politischen« und »ökonomischen« Flüchtlingen. Diese künstliche Trennlinie wird durch die bürgerlichen Medien krampfhaft aufrechterhalten und auch von diversen Politikern: rinnen, die auf der Jagd nach WählerInnenstimmen sind: Um die »wirklich« verfolgten Menschen will man sich ja gerne kümmern, aber all die anderen, die nur aus ökonomischen Gründen emigriert sind, um hier »an unserem ökonomischen sozialen System zu nagen«, die müssen in die Schranken gewiesen werden, um »die eigene Bevölkerung und die »echten« Flüchtlinge zu schützen».

Eine andere künstliche Trennungslinie ist der Unterschied, der zwischen internen Völkerwanderungen und Migration, bei der nationalstaatliche Grenzen überschritten werden, gemacht wird. Der herrschenden Definition eines Flüchtlings zufolge, gilt mensch nur als einE solcher, wenn auf der Flucht nationale Grenzen gekreuzt wurden.

Diskriminierungen fliehen, werden sie nach dem geltenden Flüchtlingsbegriff der Machthabernden, nicht als Flüchtlinge anerkannt.

In der Migrationsforschung ist die Rede von der »Feminisierung der Migrations«, weil es heute in der Ersten Linie Frauen und Kinder sind, die auf der Flucht sind. Es sind jedoch hauptsächlich männliche Migranten, die in die Migration, westlichen Länder gelangen. Die Ursachen der Migration werden oft mit den Situationen in dem Land, aus dem die Flüchtlinge kommen, verbunden. Diese sogenannten Push-Faktoren, die Menschen zur Migration zwingen oder sie dazu bewegen, sind vielfältig, komplex und häufig dicht miteinander verflochten. Zu diesen Faktoren gehören unter anderem Kriege, Bürgerkriege, Naturkatastrophen, repressiv Regime, Armut, Hunger und als ein historisches Erbe des Kolonialismus: Konflikte um Staatsgrenzen. Solche traditionellen Erklärungsmodelle sind heute nicht mehr ausreichend, um die Beweggründe der aktuellen Migrationen zu erklären. Es werden all die geschlechtsspezifischen Ursachen, die Frauen in steigender Anzahl dazu bewegen das Land, aus dem sie kommen, aufgrund von frauendiskriminierenden Normen und Gesetzen, zu verlassen, außer Acht gelassen.

Ganz gleich, ob es gravierende Unterschiede zwischen der Situation eines Menschen auf der Flucht im eigenen Land oder der Situation eines sogenannten »anerkannten« Flüchtlings gibt. Dieser sehr unrealistische und enggefäßte Flüchtlingsbegriff steht in keinem Verhältnis zur Lage der MigrantInnen (die 80 % der Menschen, die heute auf der Flucht sind, ausmachen), da Frauen und Kinder öfter Flüchtlinge in ihrem eigenen Land sind. Frauen haben weniger Möglichkeiten als Männer, überhaupt um Asyl zu suchen und damit sich ein Leben unter anderen Bedingungen, als denen vor denen sie flüchten, aufzubauen.

Ein anderes Problem ist, daß geschlechtsspezifische Diskriminierung, Verfolgung, Mißhandlung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts, nicht als reelle Ursache ihrer Flucht anerkannt wird. Wenn Frauen (häufig zusammen mit ihren Kindern) vor Ursachen wie um Beispiel Zwangshe, gewalttätigen Ehemännern, Inzest, Vergewaltigung, Witwenverbrennung, Beschneidung, Zwangsprostitution, Bildungssperre, Verfolgung aufgrund von Homosexualität (dies gilt natürlich auch für Männer) oder vor anderen frauenspezifischen

Die Entwicklung der internationalen Migrationsbewegungen ist unter anderem eine Folge der bestehenden ökonomischen Weltordnung und den darauf folgenden Verbindungen. Die ökonomische Globalisierung hat in den letzten Jahrzehnten nicht nur zu einer verstärkten ökonomischen Zirkulation von Kapital, Waren und Informationen geführt, sondern auch von Arbeitskraft. Jedoch haben sowohl die politische Machtbesetzung, als auch die bürgerlichen Medien dafür gesorgt, Migration als ein nationales Problem, und nicht als ein Wirklichkeits internationales Thema, welches es ist, darzustellen.

Mit dem Anlauf eine soziale und ökonomische Trennlinie zwischen Menschen mit und ohne EU-Pass zu schaffen, eröffnet sich die Möglichkeit eine ausgeweitete Kontrolle und es wird eine ideologische Voraussetzung für Ausbeutung durch Verfassung. Es ist klar, daß jeder Migrantin ihren/seinen persönlichen Grund hat hier zu sein. Kein Mensch kommt ohne Grund! Und niemand hat das Recht ihr/ihm die Möglichkeit, sich ihren/seinen Aufenthaltsort selbst auszusuchen, zu nehmen!

## Die neue linke Wochenzeitung.

Ab sofort Mittwochs ab 12.00 Uhr in den Abt. ... Abt.-Tel. (030) 403 39 85

wurde der Rep-Abgeordnete mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP, Freien Wählern und Reps von ehrenamtlichen Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof gewählt. >>> Wenn eine Ausländerin in Deutschland von ihrem Ehemann mißhandelt wird, bedeutet das keine »besondere Härte« im Sinne des Ausländergesetzes - dieses hat das Verwaltungsgericht Augsburg (Bayern) festgestellt. Gelagert hatte eine Mutter von zwei Kindern, die nach der Mißhandlung durch ihren Ehemann geschieden worden war. Da nur der frühere Ehemann eine eigenständige Aufenthaltserlaubnis hat, soll die Frau mitsamt ihren Kindern abgeschoben werden. >>> 45 neue Fälle von Polizeiübergreifen gegen AusländerInnen hat die »Aktions Courage - SOS Rassismus« dokumentiert. Häufig habe es BürgerInnen getroffen, die aufgrund ihrer Hautfarbe bei Personenkontrollen festgenommen wurden. Bei allen Fällen handelt es sich nicht um »Entlegungen«, sondern um kriminelle Taten. >>> Ein Einzelfall ist für die Auszubereitete Amt die Folterung des in Türkei abgeschobenen Mehmet Ali Akbas. Wie der türkische Amtsarzt und der Vertrauensarzt des deutschen Konsulats bestätigten, war Akbas in seiner achtzögligen Polizeihaft durch Schläge, Tritts und Elektrochocs gefoltert worden. Daraufhin kam es zu dem einmaligen Vorgang, daß es ihm erlaubt wurde, wieder nach Deutschland einzureisen. Auswirkungen auf die Asylpraxis wird dieser Fall nicht haben: In dem für Asylscheidungen maßgeblichen Lagebericht behauptet das Außenministerium, andere Vorwürfe, Abschobe würden gefoltert, hätten sich nicht bestätigt. AUS »JUNGLE WORLD«, NR. 19-22



>>> DIE WURZELN IHRER FLUCHT LIEGEN VON UNSERER TÜR - MACHEN WIR IHREN KAMPF ZU UNSEREM ...



## FIGHT THE CAPITALIST SYSTEM - ALL POWER TO THE PEOPLE!

Infoblatt der Antifaschistischen Aktion Eckernförde (AAE) c/o Infoladen - Hansastr. 48 - 24118 Kiel - e-mail: aae@mail.nadir.org - Homepage: www.nadir.org/nadir/initlativ/aae